

Staatsallmacht im Gewande afrikanischer Authentizität

Zur Drosselung der Kirche durch das Mobutu-Regime in Zaïre

Die jüngsten Maßnahmen von Staatspräsident Mobutu gegen die Kirche in Zaïre (Abschaffung der christlichen Feiertage, Erhebung der Einheitspartei in den Rang einer „Kirche“ und die Schmückung des Staatspräsidenten mit Attributen wie „Religionsstifter“ und „Messias“) wurden bei uns wenig beachtet. In Wirklichkeit besagen die Vorgänge im „katholischsten“ Land Afrikas mehr über die wirklichen Probleme der Kirche und ihr künftiges Schicksal als viele Dispute über Afrikanisierung und Authentizität. Unser Bericht — der sich durchwegs auf authentisches Material stützt — zeichnet Stufe für Stufe die Drosselung der Kirche und gibt einen Gesamtüberblick über die Maßnahmen des Mobutu-Regimes bis zu den Januarreaktionen der Bischöfe.

Als im Jahre 1960 das zweitgrößte Territorium auf dem afrikanischen Kontinent — der heutige Staat Zaïre (früher Kongo-Kinshasa) — seine staatliche Unabhängigkeit erlangte, folgte eine mehrjährige Periode politischer Morde, Rebellionen, Meutereien, wirtschaftlich ruinöser Sezessionsbestrebungen einzelner Provinzen (Katanga, Kasai) und blutiger Stammeskämpfe. Die „Gefahr eines zweiten Kongo“ wurde zu einem Schlagwort, das bis in die jüngste Vergangenheit die Kolonialmächte in Afrika (Angola, Moçambique) beunruhigen sollte. Es ist zweifellos das Verdienst des jetzigen Staatschefs Mobutu, nach seiner Machtübernahme am 24. November 1965 allen kriegerischen Auseinandersetzungen ein Ende gesetzt zu haben. Ihm ist es gelungen, eine innenpolitisch relativ stabile Basis für die Entwicklung des Landes zu schaffen. Auch für die katholische Kirche Zaïres, die die größte christliche Kirche in diesem Lande ist und in den letzten Jahren vielleicht zur bedeutendsten in ganz Afrika geworden ist, brachte das Ende des kongolesischen Chaos eine Zeit der Konsolidierung und zumindest äußerlich befriedigender Zusammenarbeit mit dem Staat, und zwar hauptsächlich auf dem Gebiet des Erziehungs-, Gesundheits- und Pressewesens, ohne daß damals schon die enge Verzahnung von Kirche und Staat als anstößig oder als zum Scheitern verurteilt empfunden wurde.

Als es im Jahre 1971 zu den ersten massiven und seither nicht mehr endenden Zusammenstößen zwischen der zaïrischen Regierung und der katholischen Kirche kam, zählte die kirchliche Hierarchie 51 Bischöfe, von denen 34 Afri-

kaner waren. Trotz der größeren Anzahl einheimischer Bischöfe hatte die Kirche in Zaïre bis zu diesem Zeitpunkt nach europäischem Vorbild gelebt und gewirkt — in einem Land, dessen Regierung inzwischen die „Rückkehr zur afrikanischen Authentizität“ zum wichtigsten Punkt in ihrem innenpolitischen Programm erklärt hatte. Während die staatliche Unabhängigkeit die Übernahme der meisten zivilen und militärischen Stellen durch Afrikaner zur Folge gehabt hatte, ließ sich im kirchlichen Bereich eine analoge Tendenz nur zögernd feststellen. Obwohl die Kirche bereits vor Beginn der belgischen Kolonialherrschaft einzelne Afrikaner als Geistliche oder Bischöfe mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut hatte, blieben die wichtigsten Entscheidungen auch in neuerer Zeit in den Händen westlicher Missionare und Bischöfe. Im Gegensatz zu den staatlichen Behörden, die nach Beendigung der Unabhängigkeitswirren erst mühsam und unter mancherlei Rückschlägen aufgebaut werden mußten, verfügten diese aber über eine lang erprobte kirchliche Organisation und über effektiv arbeitende kirchliche Institutionen.

Katholische Kirche als Rivalin?

Dieser Tatbestand erklärt einerseits die unerwartet notwendig gewordenen und daher auch rapiden Veränderungen in der katholischen Kirche Zaïres, die diese innerhalb der vergangenen vier Jahre durchgemacht hat, und andererseits die wachsenden Spannungen zwischen Kirche und Staat, die inzwischen zu einschneidenden Maßnahmen gegenüber den Aktivitäten der von staatlicher Seite als Rivalin angesehenen Kirche geführt haben.

Im Jahre 1967 erließ Mobutu eine neue Verfassung, die in den Jahren 1970 und 1974 jeweils revidiert wurde. Im gleichen Jahr ließ er sich für weitere sieben Jahre zum Präsidenten wählen. Zuvor jedoch hatte er die Errichtung einer neuen politischen Partei angekündigt, die den Namen „Mouvement Populaire de la Révolution“ (M.P.R.) erhielt und zur zaïrischen Einheitspartei deklariert wurde. Am 20. Mai des gleichen Jahres wurde das sog. „Manifest von N'Sele“ proklamiert. (N'Sele ist ein Ort, der 70 km von Kinshasa entfernt am Ufer des Zaïre-Flusses liegt und zugleich Residenz des Präsidenten ist.) Dieses Manifest (Wortlaut in: „Objectiv 80“, herausgegeben vom

Nationaldepartement für Presse und Propaganda) enthält den Rahmen für das politische und soziale Programm der Regierung, genauer der M.P.R. Außerdem finden sich in ihm bereits die Grundsätze für spätere wichtige Entscheidungen. So wurde 1968 die im Manifest angekündigte „Jeunesse du Mouvement Populaire de la Révolution“ (J.M.P.R.) gegründet, der eine Brigade mit Polizeifunktionen zugeordnet wurde. Der gesamte staatliche Verwaltungsapparat wurde der Einheitspartei M.P.R. eingegliedert. An der Spitze der „revolutionären Bewegung“ steht der Präsident. Ihm untergeordnet sind der Kongreß, das Politbüro und der Ministerrat (Comité Exécutif National). Das Land wurde in hierarchisch geordnete Verwaltungseinheiten aufgeteilt, die von der „Region“ (ehemalige Provinz) bis zur „Zelle“, die etwa der Größe eines Dorfes entspricht, reichen. In der Folgezeit wurden die Gewerkschaften, die Justiz und die Armee zu Organen der Partei erklärt. Doch nicht nur die einzelnen staatlichen und zivilen Körperschaften wurden zu Bestandteilen der M.P.R., auch jeder Bewohner Zaïres muß ihr angehören.

Zum ersten Zusammenstoß zwischen der Regierung und katholischen Gruppen kam es 1969, als Studenten, die in die Einheitspartei eintreten sollten, Kritik an Mobutus Führungsstil übten. Sechs demonstrierende Studenten wurden damals erschossen (vgl. HK, März 1972, 114–116). Wenige Tage nachdem das Politbüro die Zwangseingliederung der Studenten in die J.M.P.R. beschlossen hatte, wurde eine Delegation des zaïrischen Episkopates bei General Mobutu vorstellig und überreichte ihm ein Memorandum über „die Beziehungen zwischen Kirche und Staat“. (L'Église en Service de la Nation Zaïroise, Act XI A.P.) Die Bischöfe beklagten die Weigerung des Präsidenten, andere weltliche oder geistliche Autoritäten neben sich zu dulden. In ihrem Memorandum erinnerten sie ihn daran, daß im „Manifest von N'Sele“ nicht von einem verpflichtenden Eintritt der zaïrischen Jugend in die J.M.P.R. die Rede sei. Dennoch setzte sich das Politbüro mit seiner Entscheidung durch, auch in den kirchlichen Institutionen, die im Dienste der religiösen Erziehung stehen, z. B. in Priesterseminaren, Kleinen Seminaren und Klöstern „Parteizellen“ der J.M.P.R. und M.P.R. einzurichten. Dieser Plan wurde im Jahre 1972 gegen den Widerstand der meisten Bischöfe in die Tat umgesetzt.

Während die Haltung Mobutus gegenüber der Kirche lange Zeit undurchsichtig blieb — er unterstrich des öfteren, daß er selber Katholik und Regierungschef eines gläubigen Volkes sei —, gab ein Interview mit der in Brüssel erscheinenden Tageszeitung „Le Soir“ einige deutlichere Anhaltspunkte für seine wahre Einstellung zur katholischen Kirche in seinem Lande. In diesem Interview bezeichnete er die Kirche als eine der drei Kräfte des Kolonialismus, die zusammen mit dem Kapitalismus und der ehemaligen Kolonialmacht Belgien in Zaïre immer noch wirksam seien.

Eine weitere Etappe auf Mobutus „revolutionärem“ Wege war die Zusammenlegung der Universitäten des Landes zu einer Nationaluniversität (vgl. HK, März 1972, 114 bis 116). Der neue Rektor der Universität von Kinshasa (der ehemaligen katholischen Universität Lovanium), Weihbischof Msgr. *Tshitsbilu Tshibangu*, wurde durch diese Maßnahme automatisch zum Funktionär der Volksbewegung der Revolution (M.P.R.). Doch wurden nicht nur kirchliche Einrichtungen dem alleinigen Verfügungsrecht der Staatsgewalt unterstellt, sondern die M.P.R. schreckte fortan auch nicht mehr vor direkten Eingriffen in rein religiöse Veranstaltungen zurück. So wurden anlässlich der Weihe von Msgr. *Antoine Mayala* zum Bischof von Kisantu am 29. November 1971 dem scheidenden Bischof Msgr. Kimbondo während der Weihezeremonie die Abzeichen der Einheitspartei aufgedrängt.

Divergenzen im Episkopat

Im Jahre 1972 erreichte der Konflikt zwischen Kirche und Staat einen ersten Höhepunkt. Der Erzbischof von Kinshasa, Kardinal *Joseph Malula*, hatte einen Hirtenbrief verfaßt, in dem er gegen die zunehmende von staatlicher Seite befohlene Profanisierung des christlichen Lebens in Zaïre protestierte. Dieses Hirtenschreiben legte er zunächst seinen Ratgebern zur Beurteilung vor, die ihm wegen des scharfen Tones des Schreibens von einer Veröffentlichung abrieten. Dennoch geriet eine Abschrift der Erstfassung dieses Dokumentes in die Hände von Staatspräsident Mobutu. Dieser Vertrauensbruch in Malulas nächster Umgebung war der Ausgangspunkt einer Reihe schwerer Auseinandersetzungen zwischen dem Kardinal und dem Staat. Letzterer sah in dem Kardinal seinen größten Konkurrenten auf dem Wege zur absoluten Macht, denn Malula ist nicht nur in Zaïre ein hochangesehener Kirchenführer, sondern genießt internationale Anerkennung, vor allem in den übrigen schwarzafrikanischen Ländern. So scheute sich Malula auch nicht, anlässlich eines Besuches des belgischen Königs Baudouin in Zaïre während eines feierlichen Gottesdienstes, an dem auch Mobutu teilnahm, eine Predigt über die Zustände in seinem Land und das der Kirche drohende Schicksal zu halten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ. Der Text der Predigt, der außerhalb der Kirche verteilt werden sollte, wurde umgehend von Sicherheitsbeamten eingezogen.

Der nächste Schritt zur Eindämmung des Einflusses der Kirche auf die Bevölkerung war der Angriff auf die katholische Wochenzeitschrift „*Afrique Chrétienne*“, in der zu Beginn des Jahres 1972 ein Leitartikel über „wahre und falsche afrikanische Authentizität“ abgedruckt war. Wegen dieses Artikels, hinter dem die Regierung die Autorschaft Kardinal Malulas vermutete, durfte die Zeitschrift ein halbes Jahr lang nicht erscheinen (vgl. HK, März 1972, 115). Ein Jahr später, am 8. Februar 1973, machte die Regierung durch das Verbot von 31 konfessionellen

Zeitschriften, das nicht mehr aufgehoben wurde, die kirchliche Presse mundtot (vgl. HK, April 1973, 168). Obwohl der umstrittene Artikel in „Afrique Chrétienne“ nicht von Kardinal Malula verfaßt worden war, sondern, wie sich zu einem viel späteren Zeitpunkt herausstellte, von einem belgischen Priester, der sich wiederum von den Ideen eines Autors aus Kamerun über Authentizität im afrikanischen Kontext hatte inspirieren lassen, benutzte die Regierung den Artikel dennoch als Vorwand, um den Kardinal zunächst aus seiner Residenz in Kinshasa zu vertreiben. Wenige Tage später, am 12. Februar 1972, wurde er wegen angeblich „subversiver Tätigkeit, die er auf niederträchtigste Weise betrieben“ haben sollte, gezwungen, nach Rom zu reisen, von wo aus er einige Monate später dank eines „Gnadenerweises“ des Präsidenten wieder in seine Diözese zurückkehren durfte (vgl. HK, Juni 1972, 274 bis 275).

Vom 28. Februar bis 5. März 1972 mußte sich die 11. Vollversammlung der Bischöfe Zaïres mit der bereits erwähnten delikaten Frage der Einrichtung von „Zellen“ der J.M.P.R. und M.P.R. in den kirchlichen Institutionen und der damit verbundenen Einbeziehung von Theologiestudenten, Priestern und Nonnen in die Strukturen der Partei befassen.

Doch nicht nur die durch den Staat bedrängte Kirche war Gegenstand der bischöflichen Beratungen, sondern es kamen auch die seit langem schwelenden Spannungen und Unstimmigkeiten innerhalb des Episkopates offen zum Ausbruch. Msgr. *Martin Bakole*, der Erzbischof von Kananga, legte der Versammlung ein Papier vor, das sich mit einer internen Krise im zaïrischen Episkopat befaßte. Bakole kritisierte vor allem die Rolle des Sekretariates der Bischofskonferenz, das zu dieser Zeit unter der Leitung des belgischen Paters *Mosmans* (der 1973 aus Zaïre ausgewiesen wurde) stand. Ihm warf der Erzbischof vor, daß er im Zuge der rasch voranschreitenden Afrikanisierung des Episkopates immer mehr Kompetenzen an sich gerissen hätte. Kirchliche Dokumente und Stellungnahmen würden vom Sekretariat im voraus bis in kleinste Details ausgearbeitet, ohne daß die Bischöfe um ihre Meinung gefragt würden. Durch eine solche Verfahrensweise werde den Bischöfen bei ihren Treffen jeglicher Boden für Diskussionen entzogen. Die meisten vom Sekretariat angefertigten Papiere seien den afrikanischen Bischöfen zu europäisch, d. h. zu juridisch, zu trocken und ohne Interesse für die Probleme der an der Basis wirkenden Kirche, und nähmen keine Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Diözesen des Landes. Die Kirche als Institution, der Apparat, stehe im Vordergrund und nicht die konkreten Lebensvollzüge der Kirche und ihrer Gläubigen.

Die Uneinigkeit der zaïrischen Bischöfe wurde besonders deutlich an den Reaktionen einzelner Bischöfe auf die Maßnahmen der Einheitspartei bezüglich der theologischen Ausbildungsstätten. Bischof *Ndamwize Lesambo*

von Inongo, der damalige Vorsitzende der Bischofskonferenz, hatte alle Rektoren der Großen Seminarien aufgefordert, diese zu schließen, um die Installierung der J.M.P.R. und M.P.R. in den Seminaren zu verhindern. Während sich der größte Teil der Rektoren an diese Anweisung hielt, rief Erzbischof Bakole das Lehrpersonal des Priesterseminars in seiner Diözese Kananga zusammen, um mit ihm über die Schließung des Seminars zu beraten. Diese wurde jedoch einstimmig abgelehnt, da man die Zulassung der M.P.R. als geringeres Übel betrachtete. Msgr. *Godefroid Mukenge*, ehemaliger Rektor von Kananga, inzwischen jedoch Bischof von Luiza, schloß sich dieser Entscheidung an. Inzwischen hatte sich in Kinshasa zwischen dem Ständigen Komitee der Bischofskonferenz und dem Politbüro ein Kompromiß angebahnt: Die Bischöfe sollten bei der Einrichtung der „Parteizellen“ in ihren Institutionen über die Arbeitsweisen der M.P.R. mitbestimmen dürfen, um dadurch den Fortbestand eines ordentlichen Studiums garantieren zu können. Außerdem wünschten die Bischöfe, daß die Funktionäre der Partei Auftrag und Ziel dieser Institutionen respektierten. Dies bedeutete zudem, daß die Bischöfe und Rektoren die Oberaufsicht über alle Aktivitäten in den Seminarien behielten. In einem Brief vom 16. April 1972 versprach der Generalsekretär der M.P.R., sich an diese Abmachungen zu halten.

Verbot der katholischen Jugend

Trotz dieser vorläufigen Einigung zwischen staatlichen und kirchlichen Autoritäten, die auch das Vorgehen Bakoles gerechtfertigt hatte, versuchten einige Mitglieder des Ständigen Komitees der Bischofskonferenz, Bakole bei einer Sitzung des Komitees im April 1972 wegen seines unsolidarischen Verhaltens in der Frage der Hereinnahme der M.P.R. in die Seminarien von der Teilnahme an diesen Treffen auszuschließen. Bakole erklärte dem Komitee daraufhin, daß niemand das Recht habe, einem Bischof das Mandat zu entziehen, das ihm von der Vollversammlung der Bischöfe anvertraut worden sei. Als man ihm die Aushändigung der Arbeitsunterlagen für die laufende Sitzung verweigerte, nahm Bakole sie einem anderen Bischof weg. Den Beschluß, ihn aus dem Ständigen Komitee auszuschließen, betrachtete er als weiteres Indiz für seine Behauptung, daß es sich bei dem größten Teil der Beschlüsse des Ständigen Komitees um vorprogrammierte Entscheidungen handele, bei denen nur eine kleine Gruppe von Bischöfen mitsprechen könne.

Trotz solcher Vorkommnisse hatte sich die Lage innerhalb der Kirche bis zum Jahresende sichtlich beruhigt, vor allem auch dadurch, daß die Beziehungen der Kirche zu den staatlichen Behörden bis November 1972 keinen weiteren Belastungen ausgesetzt waren. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 24. November, dem Jahrestag der Machtübernahme durch General Mobutu, defilierten die konfessionellen Jugendverbände Seite an Seite mit der J.M.P.R.

— letztere anscheinend weniger begeistert und mitreißend als die ersteren — an der Tribüne des Präsidenten vorbei, mit dem Erfolg, daß fünf Tage später *alle christlichen Jugendvereinigungen aufgehoben* wurden. Die Begründung für diesen Schritt lautete von offizieller Seite, daß Zaïre ein laizistischer Staat sei und die zaïrische Jugend nicht in verschiedene Gruppen zersplittert werden dürfe. Sie habe alle ihre Kräfte in den Dienst des Staates zu stellen. Doch noch zwei Jahre später griffen zaïrische Frauen das Verbot der kirchlichen Jugendorganisationen auf einer Parteiversammlung in N'Sele scharf an und bezeichneten J.M.P.R. und die M.P.R. als Organe, die hauptsächlich damit beschäftigt seien, die Sexualmoral, nicht nur der Jugend, sondern des ganzen Volkes, zu untergraben.

Als die Regierung im Jahre 1973 daranging, die Versammlungsfreiheit der Bischöfe zu drosseln (vgl. HK, April 1973, 168) und die Auflösung des Ständigen Komitees der Bischöfe anordnete, konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, daß es sich beim Vorgehen der Regierung um einen wohldurchdachten Plan handelte, dessen Ziel es ist, die Kirche schrittweise, aber unaufhaltsam aus dem öffentlichen Leben in Zaïre zu verdrängen. Die Regierung beschuldigte die Bischöfe, den Fortgang der „Revolution“ und die Bemühungen um die afrikanische Authentizität vereiteln zu wollen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß nicht sie es waren, die das Land aus dem Chaos gerettet haben, sondern die jetzt Regierenden. Nach dreimaliger persönlicher Rücksprache mit dem Justizkommissar wurde dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz versichert, daß von staatlicher Seite keine Maßnahmen gegen die übrigen kirchlichen Stellen, wie beispielsweise das Sekretariat für das katholische Erziehungswesen, für Entwicklungshilfe und die bischöflichen Kommissionen, geplant seien. Außerdem betonte der Justizkommissar die Notwendigkeit des persönlichen Dialoges anstelle von schriftlichen Dokumenten besonders von der Art, wie sie die 11. Vollversammlung der Bischöfe hervorgebracht hätte, und die schon wegen ihrer Form eine Beleidigung gewesen seien, vom Inhalt ganz abgesehen.

In Anbetracht der dieser Unterredung folgenden Angriffe gegen die Kirche konnte es mit der Dialogbereitschaft auf Seiten der Regierung aber nicht sonderlich ernst gemeint sein. Denn bereits am 24. April 1973 verbot das „Département des Affaires Politiques“ alle Formen kirchlicher Zusammenkünfte. Alle außerhalb der M.P.R. stattfindenden Versammlungen wurden als heimlich und „hinterhältig“ bezeichnet und für illegal erklärt. Erlaubt blieben weiterhin der Gottesdienstbesuch und die Beichte — eine stark anwachsende Teilnahme am liturgischen Leben der Kirche war die Folge. Der Katechismusunterricht wurde während der Messe gehalten, und in vielen Teilen des Landes formierten sich über Nacht zahlreiche Kirchenchöre. In diesen Aktionen sahen manche zaïrische Kirchen-

fürer Zeichen einer gewissen Furchtlosigkeit gegenüber den Machthabern in ihrem Land und ein Zeichen des Protests gegen die Politik Mobutus.

Im Dezember 1973 wurde den Bischöfen überraschend eine Zusammenkunft in Lubumbashi genehmigt, nachdem Kardinal Malula zusammen mit seinem Weihbischof *Eugène Moke* bei Präsident Mobutu vorstellig geworden war. Mit dem Hinweis auf die kommende Bischofssynode in Rom gelang es Malula, den Präsidenten zu beeindrucken, wie in offiziellen Pressemeldungen in Zaïre verlautete. Der Kardinal legte dem Präsidenten dar, daß die zaïrische Kirche einen wichtigen, die Universalkirche betreffenden Beitrag leisten könne, wenn sie nicht zum Schweigen verurteilt sei. Bei dem Beitrag, den die Kirche Zaïres in Rom einbringen könnte, gehe es um die Darstellung des Fortschritts, den die zaïrischen Gläubigen bei der Suche nach einem authentischen afrikanischen Christentum in den letzten Jahren gemacht hätten. Zaïrische Philosophen und Theologen hätten diesbezüglich bereits Beachtliches geleistet. Auf einer Konferenz, die vom 29. April bis 4. Mai 1974 in Kisangani stattfand, konnten die Bischöfe dann ihre Vertreter für die römische Synode auch ungestört wählen. (Dieses Gespräch gibt auch den nötigen Hintergrund für die Vehemenz, mit der der Kardinal auf der Bischofssynode als Verfechter afrikanischer Authentizität und als Kritiker der „Kolonialkirche“ auftrat [vgl. HK, November 1974, 495].) Doch schon einen Monat später kündigte das Politbüro an, daß ab 1974 das *Weihnachtsfest als öffentlicher Feiertag abgeschafft* werde und der 25. Dezember fortan als Arbeitstag anzusehen sei. Angesichts dieses Beschlusses hatte kaum ein Kirchenvertreter damit gerechnet, daß am Weihnachtsfest 1974 die Kirchen in Zaïre so gut besucht sein würden wie niemals zuvor in der Geschichte des zaïrischen Christentums. Bei der Kirchenführung verstärkte sich der Eindruck, daß der Einfluß der Partei doch nicht so groß ist, wie sie befürchtet hatte. Möglicherweise war die Reaktion der Gläubigen auch deswegen so aufsehenerregend gewesen, weil Anfang Dezember alle Kruzifixe, Heiligenbilder und Fotos des Papstes aus allen öffentlich zugänglichen Gebäuden, aus Schulen und Krankenhäusern entfernt werden mußten. Schuldirektoren, Lehrer und Schüler leisteten offenen Widerstand, so daß die Vertreter der M.P.R. in vielen Fällen nicht wagten, die Kruzifixe anzurühren. In der Hauptstadt Kinshasa brachten die meisten Pfarrer die Kreuze wieder dort an, wo sie vorher waren und entfernten das an Stelle der Kreuze aufgehängte Konterfei Mobutus.

„Mobutismus“ — eine neue Staatsreligion?

Noch im selben Monat platzte aber eine weitere Bombe, die für die Kirche inzwischen wesentlich bedrohlicher geworden ist als alle vorausgegangenen Attacken. Sie kann

Ursache eines Kirchenkampfes größeren Ausmaßes werden: In allen schulischen Einrichtungen wurde der *Religionsunterricht* abgeschafft und die *kirchlichen Seminarien* zu staatlichen Institutionen erklärt. Zugleich ließ sich Mobutu zum „neuen Messias“, den „Mobutismus“ zur neuen Religion Zaïres und die M.P.R. zur neuen Kirche des Landes erklären. In einem Schreiben des Staatskommissars an die Lehrer hieß es u. a.:

... Die Grundlage unserer Religion ist der Glaube an einen Schöpfergott, und unser Gottesdienst ist der Ahnenkult. Unsere Vorfahren sind lebendig. Sie sind unsere Schutzgeister und Mittlergestalten. Warum sollen wir uns daher an eine hl. Philomena oder eine hl. Katharina wenden, die nichts mit uns zu tun haben? Wie es in jeder Religion Propheten gibt, so haben auch wir einen. Unser großer Prophet ist Mobutu, der uns von Gott gesandt wurde. Er ist unser Führer und hat uns von aller Überfremdung befreit. Er ist unser Messias, der Zaïre erneuert hat. Jesus war der Prophet der Juden. Er ist tot, obwohl er von sich behauptete, er sei Gott und somit unsterblich. Solche Behauptungen stellt Mobutu nicht auf. Er ist kein Gott und wird sterben, aber er ist derjenige, der sein Volk zu einem besseren Leben führt. Warum nicht den verehren, der unsere neue Kirche in Zaïre gegründet hat? Unser Gesetz, unsere Religion ist die Authentizität. Darin unterscheidet sich unser Führer von anderen Regierenden. Unser Evangelium sind der Mobutismus und das Manifest von N'Sele. Wir sind keine Kommunisten und werden es niemals sein. In China anerkennt das Volk die Verdienste seines Retters, indem es sein Porträt überall in Ehren hält. Was brauchen wir daher Kruzifixe in unseren öffentlichen Gebäuden? Sie müssen durch das Bild unseres Messias ersetzt werden. An seiner Seite soll das Bild seiner glorreichen Mutter, Mama Yemo, die einem solchen Sohn das Leben schenkte, aufgehängt werden, damit sie wie die Jungfrau Maria verehrt werden kann ...

Am Ende dieses Schreibens werden die Erzieher der zaïrischen Jugend aufgefordert, von 1975 an als eifrige Apostel der neuen Religion „den Mobutismus in die Herzen der Kinder zu senken“. Der Mobutismus stehe vor und über allen. In Anerkennung der Vorrangstellung des Mobutismus könne aber jeder die Religion seiner Wahl praktizieren. In diesem Rahmen würden alle Religionen respektiert. Aber der Religionsunterricht müsse außerhalb der Schulstunden stattfinden.

Seitdem nicht nur einzelne Regierungsorgane bestrebt sind, das Christentum durch den pseudoreligiös gefärbten Mobutismus zu verdrängen, sondern die Massenmedien diese Kampagne durch besondere psychologische Taktiken unterstützen, breitet sich Unsicherheit unter den Christen über Inhalt und Grundlagen ihrer Religion aus. Die Reduzierung Jesu auf ein rein irdisches Wesen, der die Menschheit im Hinblick auf die Lehre von der Auferstehung und dem damit verbundenen „ewigen Leben“ belogen hat und als „jüdischer Staatsangehöriger“ niemals als Förderer der afrikanischen Authentizität in Frage kom-

men kann, sondern im Gegenteil diese verhindere, hat die Bischöfe veranlaßt, offiziell Stellung zu beziehen und in einem Rundschreiben ein Bekenntnis zu den Grundwahrheiten des Christentums abzulegen. Dieses Bekenntnis soll dazu dienen, die zunehmende Verwirrung unter den Gläubigen zu klären und ihnen die Angst zu nehmen, sie seien auf eine fremde Lehre, die für ihr Leben und ihr zukünftiges Schicksal keine Bedeutung mehr habe, hereingefallen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verehrung der eigenen afrikanischen Vorfahren in der Religiosität der Afrikaner immer noch eine zentrale Rolle spielt. Je mehr es der Regierung gelingt, die Kluft zwischen traditioneller afrikanischer Religion und Christentum zu vergrößern, desto leichter dürfte es für sie werden, das Christentum als von Fremden importierte Religion zu diffamieren und plausibel zu machen, daß dieses für einen modernen, selbstbewußten und von kolonialistischer Überfremdung befreiten Afrikaner keine Alternative zum Staatsabsolutismus Mobutus ist, der sich anmaßt, die einzig mögliche Interpretation afrikanischer Authentizität zu bieten. Im übrigen ist aber noch nicht abzusehen, inwieweit der Personenkult um Mobutu in Zaïre Anklang bei der Bevölkerung findet. Gerade in Afrika findet man zahllose sogenannte „messianische Bewegungen“ über den ganzen Kontinent verstreut, von denen allerdings ein großer Teil eher „biblischen“ Hintergrund bewahrt hat und den spätjüdischen Erwartungen eines neuen (oft schwarzen) Heilbringers viel näher stehen als den Personenkulten in totalitären Staaten. (Der erste schwarzafrikanische Staatschef, der für sich die Verehrung als „göttliches Wesen“ verlangte, war Kwame Nkrumah, der frühere Präsident von Ghana, der nach seiner Exilierung vergessen im Ostblock starb.)

Die Bischöfe reagierten entschieden, aber zurückhaltend

Auf der 12. Vollversammlung der Bischöfe Zaïres im Januar 1975, an der bis auf drei alle zaïrischen Bischöfe teilnahmen, wurde beschlossen, nunmehr eine härtere Linie gegenüber den staatlichen Autoritäten zu verfolgen. Der Vatikan hatte dazu wiederholt aufgefordert. Kurz vor der Vollversammlung empfing Mobutu eine Delegation der Bischofskonferenz. Die Bischöfe hielten ihm die blasphemischen Äußerungen über Christus vor und deren Verbreitung durch die Massenmedien. Mobutu versuchte sich diesen Vorwürfen zu entziehen, indem er die katholische Kirche in Zaïre als verlängerten Arm der belgischen Kirche hinstellte. Bezüglich der von den Bischöfen erbetenen Wiedereinführung des Religionsunterrichtes in den Schulen machte Mobutu keinerlei Zugeständnisse. Auch über die Vereinnahmung der Kleinen Seminarien durch den Staat ließ er nicht mit sich diskutieren. Mit dieser kompromißlosen Haltung des Staatschefs konfrontiert, verabschiedeten die Bischöfe am Ende ihrer Vollversamm-

lung zwei Dokumente. Bei dem einen handelt es sich um eine Erklärung des Episkopates zur gegenwärtigen Lage der Kirche in Zaïre. Das andere trägt die Überschrift „Unser Glaube an Jesus Christus“ und soll den ihres Glaubens unsicher Gewordenen Orientierung sein. Beide Schriftstücke wurden am 19. Januar in französischer Sprache in allen Kirchen der Hauptstadt verlesen und sind mittlerweile in verschiedene afrikanische Sprachen übersetzt worden (vgl. DIA, 18. 1. 75).

In der „Erklärung über die Lage der Kirche“ lassen die Bischöfe die Gläubigen nicht im unklaren darüber, daß der Kirche in Zaïre bittere Zeiten bevorstehen. Was den Status und die Wirkungsmöglichkeiten der Kirche betrifft, so sei die Zukunft diesbezüglich fraglich geworden. Dennoch wollten die Bischöfe in Treue zur katholischen Kirche in Zaïre, die Teil der Universalkirche ist, stehen. Sie machten sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Illusionen darüber, daß die Kirche ihren Dienst an den Gläubigen nicht im vollen Umfang aufrechterhalten kann. Daher sei eine pastorale Neuorientierung notwendig, die weitgehend auf den institutionellen Rückhalt und auf fest etablierte Strukturen verzichten müsse. Unter den derzeitigen Umständen könne die christliche Botschaft nur von einzelnen Gläubigen weitergetragen werden, die den Mut haben, sich in ihrem jeweiligen Lebens- und Arbeitsmilieu zu engagieren. Um ihre Stellung gegenüber dem Staat noch einmal zu verdeutlichen, weisen die Bischöfe darauf hin, daß die Kirche in Zaïre keine schwerwiegenden Bedenken gegen die Trennung von Kirche und Staat habe. Sie gesteht dem Staat auch das Recht zu, sich als „laizistischer“ Staat zu verstehen. Doch könne die Kirche auch von einem solchen Staat erwarten, „daß er die religiösen Überzeugungen seiner Bürger respektiert“. Obwohl die Verfassung feststelle, es gebe in Zaïre keine Staatsreligion, seien trotzdem starke antireligiöse bzw. antichristliche Kräfte am Werke. Dies widerspreche eindeutig dem Prinzip der „laïcité“.

Auf das Verbot des Religionsunterrichtes antworteten die Bischöfe mit der Zurückziehung aller Priester und Nonnen, die bisher Religionsunterricht erteilt haben, aus den Schulen, um sie in der außerschulischen Katechese einzusetzen. Die Laien, die ebenfalls Religionsunterricht erteilen durften, sollen jedoch in den Schulen bleiben und je nach Ausbildung andere Fächer unterrichten. Geistliche und Schwestern, die außer Religion andere Fächer unterrichten können, sollen ebenfalls an den Schulen verbleiben. Was die Entwicklungsarbeit in Zaïre betrifft, so sei die Kirche weiterhin bereit, den Dialog mit dem Staat fortzusetzen und ihre Kräfte in den Dienst des Volkes zu stellen. Zum Schluß der Erklärung erinnern die Bischöfe an ihr Memorandum vom Dezember 1973. In diesem Memorandum räumte die Kirche ein, daß es eine Zeit gab, in der die damalige belgische Kolonialmacht und die Kirche

eng zusammengearbeitet hätten, wovon zweifellos beide Seiten profitiert hätten, allerdings um den Preis, daß die Botschaft der Kirche manchmal ins Zwielicht geraten und verdunkelt worden sei. Um die in der Vergangenheit gemachten Fehler nicht zu wiederholen, verzichte die Kirche heute auf eine Zusammenarbeit mit dem Staate, bei der sie sich wiederum kompromittieren müßte.

Was wird der nächste Schritt sein?

Trotz dieser notwendigen und in der konkreten Lage zweifellos richtigen Reaktion bleibt die Lage der Kirche in Zaïre besorgniserregend, zumal mit weiteren antikirchlichen Maßnahmen zu rechnen ist. Schon jetzt hat Mobutu gedroht, er werde alle Kirchengebäude schließen lassen, wenn sich die Kirche weiter in die Politik einmische, und was Politik ist, bestimmt nicht nur im Zweifelsfall Mobutu. Allerdings bringt jetzt die Tatsache, daß alle kirchlichen Führungspositionen in Zaïre von einheimischen Kräften übernommen worden sind, Vorteile. Von daher ist die Aussicht auf den Erfolg einer staatlich gelenkten Polemik gegen eine „westliche oder koloniale Kirche“ wesentlich geringer geworden als noch vor einigen Jahren.

Die Konzentration aller verfügbaren Kräfte im Lande zum Aufbau der Nation hat die Kirche eher gefördert als gehemmt, vor allem seitdem sich das Zweite Vatikanische Konzil zu den berechtigten Bestrebungen der jungen Völker nach Eigenständigkeit positiv geäußert hat und die Bemühungen um die sozio-ökonomische Entwicklung unterstützt hat. Bisher hatte es Mobutu mit seinen übrigen Maßnahmen zur Durchorganisation seines Landes mit Hilfe der Einheitspartei jedenfalls leichter als mit der Eingliederung und Unterordnung der Kirche unter die Staatsgewalt. Doch ist sicher, daß er sich nicht damit begnügt, die wichtigsten geistigen Strömungen, die ihm Widerstand leisten, auszuschalten. Er ist dabei, rivalisierende Mächte auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu beseitigen. So wurde inzwischen die gesamte Industrieproduktion verstaatlicht. Außerdem dürfen ausländische Banken außerhalb von Kinshasa keine Zweigniederlassungen mehr unterhalten. Da Mobutu bereits mehrere Reisen nach Rotchina unternommen hat und um das Ansehen weiß, das Mao Tse-tung besonders in den Ländern der Dritten Welt genießt, ist es durchaus denkbar, daß er das wirtschaftliche und kulturelle Potential seines Landes ausnutzen möchte, um sich eine Führungsrolle auf dem afrikanischen Kontinent zu sichern. Über die Frage, inwieweit sich die Afrikaner mit einem totalitären politischen System identifizieren und sich in einen revolutionären Prozeß nach chinesischem Vorbild einspannen lassen, ist das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen. Ein solches System wäre jedenfalls in der bisherigen Geschichte der afrikanischen Völker ein Novum.